

■ KEIN MINARETT



■ KEIN MUEZZIN
■ KEINE SCHARIA

25.02.2010

Das falsche Spiel der Justizministerin

Am 23. Februar 2010 stand in der NZZ, dass sich Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf zum zweitenmal seit Annahme der Minarettverbots-Initiative mit Vertretern muslimischer Organisationen trifft.

Gegenüber dem ersten Gespräch sei der Kreis der Eingeladenen ausgeweitet worden, war der Pressemitteilung weiter zu entnehmen.

Entschuldigungs-Tour

Man erinnert sich: Kaum war das deutliche Ja zum Minarettverbot am vergangenen 29. November Tatsache geworden, hastete die Justizministerin nach Brüssel. Dort versicherte sie allen EU-Instanzen, der Bundesrat habe alles getan, das «zu bedauernde» Ja zu verhindern. Leider habe der Souverän aber anders entschieden.

Damit nicht genug: Ihre deplacierte Entschuldigungstour nutzte Bundesrätin Widmer-Schlumpf auch dazu, gezielte Hinweise zu verbreiten, wie der Entscheid des Schweizer Souveräns durch **Anrufung europäischer Gerichte**, also mittels fremder Richter wieder **ausgehobelt** werden könne. Ein nicht akzeptabler Verstoss gegen die in unserer Bundesverfassung den Stimmbürgern uneingeschränkt garantierte **Volkssouveränität**. Eigentlich müsste sich Bundesrätin Widmer-Schlumpf, wenn sie in der Landesregierung verbleiben will, ein anderes Volk aussuchen...

Einseitige Kontaktpflege

Sie pflegt ihre eigenen Bräuche, die Schweizer Justizministerin, wenn sie Gesprächspartner sucht. Mit Muslim-Verbänden traf sie sich seit der Abstimmung zweimal – mit den Abstimmungsgewinnern, also den Initianten des Minarettverbots – die immerhin nahezu 58 Prozent des Souveräns in ihrem Rücken haben – traf sie sich nie. Diese, die Abstimmungsgewinner, verlangten von der Justizministerin aber mittels einer am 11. Dezember letzten Jahres eingereichten Interpellation umfassend Auskunft, wie der Bundesrat das Ja der Stimmbürger zum Minarettverbot umsetzen werde: Wie wird der Entscheid «keine Minarette, kein

Muezzin, keine Scharia» in der Schweiz respektiert?

Konkrete Fragen

Konkret wurde die Justizministerin gefragt,
- wie sie Auftritte **muslimischer Hassprediger** in der Schweiz unterbinden werde;
- weshalb der vom Bundesrat in Auftrag gegebene **Imam-Bericht** geheim gehalten werde;
- wie die Landesregierung fortan illegale **Zwangs-ehen** verhindern werde;
- wie er das **Verbot körperlicher Züchtigung** auch in der hier wohnhaften muslimischen Bevölkerung durchsetzen werde;
- wie er die **gleiche Schulpflicht** für Knaben und Mädchen auch für alle muslimischen Kinder durchsetzen werde;
- was für Massnahmen der Bundesrat treffe zur Verhinderung der **Anwendung rechtswidriger Scharia-Forderungen** in der Schweiz.

Die Antwort steht im Moment noch aus, dürfte aber in den nächsten Tagen erfolgen. Denn diese Interpellation steht auf der Traktandenliste für die demnächst beginnende **März-Session**.

Allerdings: Der konkreten Fragebeantwortung will sich die Justizministerin nicht stellen. Die Interpellation wurde nämlich zusammen mit Dutzenden anderer Vorstösse zwecks "Massenabfertigung" der **Sondersession** zu Migrationsfragen zugeteilt. Damit sich die Bundesrätin "aus Zeitgründen" der konkreten Beantwortung konkreter Fragen entziehen kann. Solchen Affront wird sich – nach der einseitigen Kontaktpflege der Justizministerin erst recht – das Initiativ-Komitee nicht gefallen lassen. Im Namen des Souveräns, der der Minarett-Initiative deutlich zugestimmt hat, ist Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf darauf hinzuweisen, dass die Bundesverfassung, welche dem Volk die höchste Stellung im Land garantiert, auch für die Justizministerin verpflichtend ist. Der Souverän hat Anspruch auf Beantwortung seiner Fragen.

Neue Auseinandersetzungen stehen offensichtlich bevor.

Ulrich Schluer